

Laibacher Zeitung.



Nr. 47.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 27. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 8 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1880.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung“.

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende März:	
Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Im Comptoir abgeholt	— " 92 "
Für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni:	
Mit Post unter Schleifen	5 fl. — kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	4 " — "
Im Comptoir abgeholt	3 " 68 "

Amtlicher Theil.

Am 24. Februar 1880 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien zu der italienischen, böhmischen, polnischen, ruthenischen, slowenischen, kroatischen und romanischen Ausgabe des Jahrganges 1879 des Reichsgesetzblattes das Titelblatt und zwei Repertorien ausgegeben und versendet.
Das erste Repertorium enthält ein chronologisches und das zweite ein alphabetisches Verzeichnis der in den LV Stücken des Jahres 1879 kundgemachten Gesetze und Verordnungen.
(„W. Ztg.“ Nr. 44 vom 24. Februar 1880.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 16. Februar 1880, Z. 3453, die Weiterverbreitung der in London erscheinenden Zeitschrift „Freiheit“ Nr. 4 vom 24. Jänner 1880 wegen des Artikels „Geheimbündelei“ nach § 65 c St. G., wegen des Artikels „Die Theologie und der Communismus“ nach den §§ 303 und 305 St. G., dann wegen der Artikel „Die Hauptstadt Ungarns“, „Rußland“ und „Aus der Schweiz“ nach § 305 St. G. verboten.
Das k. k. Landesgericht als Presgericht in Triest hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 11. Februar 1880, Z. 932/121, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „L'Operajo“ Nr. 9 vom 7. Februar 1880 wegen des Artikels „Il porto franco“, beginnend mit „Fin dall'epoca remota in cui i nostri antichi“, nach § 300 St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarisches.

Wien, 24. Februar.

Wie bekannt, hat der Handelsminister Baron Korb an sämtliche Clubs des Abgeordnetenhauses die Einladung gerichtet, Vertrauensmänner aufzustellen, welche dem Minister anlässlich der Vertragsverhandlungen mit Deutschland zur Seite zu stehen hätten. Diese Einladung bildete Dienstag abends den Gegenstand lebhafter Debatten in den beiden verfas-

sungstreuen Clubs, von denen jeder je drei Delegierte nominieren sollte. Im Fortschrittsclub machte sich eine lebhafte Strömung gegen die Annahme der Einladung geltend; insbesondere wurde betont, dass der Club nicht Vertrauensmänner entsenden könne, weil der Club sich sonst für das Vorgehen seiner Delegierten mit verantwortlich mache; schließlich wurde der Ausweg gefunden, dass der Club „Sachverständige“ dem Minister namhaft mache. Als solche wurden die Abgeordneten Stene, Dr. Beer und v. Pacher gewählt, alle drei gehören der Schutzpartei an. Der Club der Liberalen hat sich nach längerer Debatte überhaupt gegen die Bornahme einer solchen Wahl mit allen gegen zwei Stimmen ausgesprochen, und zwar mit folgender Motivierung: „Der Club erachtet es für selbstverständlich, dass der Herr Handelsminister in jedem einzelnen Falle an Mitglieder, die sein Vertrauen genießen, sich wenden kann, und der Club in seiner Eigenschaft als politische Partei nicht berufen ist, ihn darin zu beschränken oder eine besondere Verantwortung zu übernehmen.“

Dagegen haben die drei Clubs der rechten Seite des Hauses der Einladung des Handelsministers Folge geleistet. Es wurden als Vertrauensmänner nominiert: Vom Polenclub die Abgeordneten Grochowski und Dunajewski; vom czechischen Club die Abgeordneten Dr. Rieger und Oliva (als Ersatzmänner Graf Heinrich Clam und Rajchel) und vom Club des rechten Centrums Dr. Pokutiar und Baron Hippoliti.

In der dienstägigen Sitzung des Steueraus-schusses, welcher der Finanzminister Baron Kriegsau bewohnte, ersuchte Abgeordneter Beer bekannt zu geben, welche Stellung der neue Finanzminister zu den von seinem Vorgänger eingebrachten Steuervorlagen einnehme.

Finanzminister Baron Kriegsau: Die Stellung der Regierung ist dieselbe, welche mein Vorgänger eingenommen hat. Die Regierung steht auf dem Boden der Thronrede, nach welcher das Deficit im Wege der neuen Steuern bedeckt werden soll. Ich sehe ein, dass die kleinen Steuergesetze das Deficit nicht decken werden, auch ist die Zeit weit vorgerückt, was Schwierigkeiten machen würde, aber wenn auch nur die Hälfte oder weniger von den projectierten Steuern eingeht, so wird dies eine Wohlthat für den Fiskus sein. Ich kann daher auf die Behandlung der Vorlagen nicht verzichten.

Abg. Dr. Schaup ist überrascht, dass nach den Beschlüssen des Budgetausschusses, welcher das künstlich verminderte Deficit wieder in seine volle Höhe restituierte, die Regierung noch erklären könne, dass sie auf dem Boden der Thronrede stehe. Das Deficit wird den Betrag des von der Regierung präliminirten Abganges um mehr als das Doppelte über-

steigen. Die Regierung hat den Beschlüssen des Budgetausschusses keinen Widerspruch entgegengesetzt; der Finanzminister würde sich einer Illusion hingeben, wenn er glaubt, dass die neuen Steuervorlagen mit Rücksicht auf die Zeit, die uns noch zu Gebote steht, zustande kommen werden. Uebrigens müssen wir die Frage an den Finanzminister richten, welcher Ansicht er über die Reform der directen Steuern ist.

Finanzminister Baron Kriegsau: Ich habe im Namen der Gesamtregierung gesprochen; auch ich gebe mich keinen Illusionen hin, dass durch die provisorischen Steuergesetze große Summen hereingebracht werden, mir liegt vor allem daran, die Meinung des Ausschusses über die einzelnen Vorlagen kennen zu lernen. Die Regierung wird die Ertragssteuern reformieren und zur Krönung des Gebäudes den Entwurf einer Personal-Einkommensteuer im Herbst einbringen.

Abg. Chamiec: Wir dürfen die Steuervorlagen nicht vom Standpunkte eines um seine Popularität besorgten Abgeordneten auffassen, sonst müssten wir alle Steuern ablehnen. Wir müssen vielmehr vom patriotischen Standpunkte aus Werk gehen. In den Ausgaben des Staates gibt es ein Existenzminimum wie in dem Leben eines Einzelnen. Mit den Ersparungen wird man nicht vorwärts kommen, weil man sonst nicht den Anforderungen entsprechen kann, welche an einen modernen Staat gestellt werden müssen. Das jetzige Ausgabenbudget bildet das beiläufige Existenzminimum. Es gibt wohl keinen unter uns, der ernstlich auf die Vermehrung der Schulden einrathen möchte, wenn wir auch für heuer die Inanspruchnahme des Credits nicht entbehren können. Wir müssen die Einnahmen des Staates erhöhen. Redner tritt für die Erhöhung der indirecten Steuern ein. Die Petroleumsteuer ist die wichtigste. Diese und die übrigen Steuern, mit Ausnahme der Ergänzungssteuer, könnten mit Modificationen genehmigt werden.

Abg. Dr. Beer begrüßt die Vorlagen nicht freudig. Sie geben keine Abhilfe für das Deficit. Wir haben mit Rücksicht auf die vom Budgetausschusse in Aussicht genommenen Deficite einen Schlund auszufüllen. Wie ist es möglich, in die Berathung dieser Vorlagen einzugehen? Wenn man zunächst die Ergänzungssteuer prüft, so erscheint diese Steuer eine Ungeheuerlichkeit. Wäre aus diesem Gesetze für das Jahr 1880 auch der geringste Ertrag möglich? Nein. Wenn wir aber über diese Ergänzungssteuer zur Tagesordnung übergehen, dann können wir auf die anderen Vorlagen nicht eingehen; denn wir können den armen Schichten der Bevölkerung nicht neue Lasten auferlegen, wenn wir nicht auch die reichen Schichten zu neuen Lasten heranziehen. Dies gilt besonders von der Transport- und Petroleumsteuer. Es bleibt also nur die Gebärennovelle übrig. Ich habe, schließt Redner, vom Finanzminister

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

Der Wagen fuhr durch das offene Thor in den Hof, und als er sodann hielt, stieg der Graf aus, ohne die Hilfe seines jüngeren Begleiters abzuwarten, und erstieg leicht die Stufen, welche zu der Hausthür führten, worauf er laut die Glocke zog.

Anna Reynold öffnete, und der Graf überreichte ihr seine Karte, indem er sagte:

„Ich möchte Mrs. Reynold und ihren Sohn, Mr. Reynold, sprechen.“

Die junge Frau überflog die empfangene Karte mit einem raschen Blick, verbeugte sich dann tief, öffnete die Thür des kleinen Staatszimmers und forderte die beiden Männer zum Eintreten auf. „Robert, sitz bei unserer Mutter im Wohnzimmer, Mylord, sprich sie.“

„Bitte, treten Sie hier ein.“

Aber der Graf bat, ins Wohnzimmer geführt zu werden, worauf Anna die gegenüberliegende Thür öffnete und ihn in Begleitung des Polizeibeamten in den niedrigen, altmodischen Raum führte.

Die alte Mrs. Reynold saß in einem hochlehni-

gen Sessel am Feuer und Robert lag ihr aus einer

Londoner Zeitung vor. Beide erhoben sich beim Eintritt der Fremden.

„Der Graf von St. Berry,“ meldete Anna Reynold, deren ganzes Wesen ihre Ueberraschung über den hohen Besuch ausdrückte. „Der Lord wünscht dich, Mutter, und Robert zu sprechen.“

Der Graf trat höflich grüßend näher, und sein scharfer Blick flog prüfend von der Mutter zu dem Sohne.

Altmodisch und dunkel war die Kleidung der alten Mrs. Reynold. Ihre Züge schienen jedes menschliche Empfinden abgestreift zu haben, aber nichtsdestoweniger blieb sie die selbstbewusstste Frau, deren ehrfurchtgebietende Gestalt an den Hof der Königin passte.

Der hohe Rang ihres Besuches schien sie wenig zu berühren, und doch verehrte niemand Rang und Titel mehr wie sie.

Der Sohn war das Abbild seiner Mutter.

„Was verschafft uns die Ehre eines Besuches des Grafen von St. Berry?“ fragte die alte Dame ohne jede Verwunderung.

„Ich komme in einer Privatangelegenheit zu Ihnen,“ antwortete der Lord. „Ich möchte mir einige Fragen erlauben, deren Veranlassung ich später erklären werde. Sie hatten eine Tochter Namens Emmy?“

Das Antlitz der alten Frau schien vollständig zu erstarren.

„Sie ist todt,“ erwiderte ihr Sohn tonlos. „Was wünschen Sie über dieselbe zu wissen?“

„Sie ist todt!“ wiederholte enttäuscht der alte Graf. „Aber sie hinterließ ein Kind. Wo ist dieses Kind? Seinetwegen bin ich hierhergekommen.“

„Mylord,“ rief die alte Frau erregt aus. „Wie können Sie es wagen, zu den Reynolds von einer solchen Schande zu sprechen.“

„Schande!“ sagte der Graf mit einem mitleidigen Blick auf die alte Frau. „Wer wagt dieses Wort mit dem Namen der Lady Rocester zu verbinden?“

Die Anwesenden starteten den Sprecher verwirrt an.

„Wir sprachen von Emmy Reynold, nicht von einer adeligen Lady,“ erwiderte Anna. „Emmy war unglücklich, — Mutter, du brauchst mich nicht so drohend anzusehen. Es ist die Wahrheit, und die kommt doch früher oder später an den Tag.“

„Anna!“ ertönte die warnende Stimme ihres Gatten.

„Robert, Mylord weiß, dass Emmy ein Kind hinterließ.“

„Halte ein!“ befahl die Mutter in strengem Ton. „Mylord, ich kann nicht begreifen, welches Interesse Sie an der verlorenen Emmy Reynold hegen könnten?“

„Sie war die rechtmäßige Gemahlin meines Sohnes, des Lords Oscar Rocester, und ihre Tochter ist meine Enkelin und Erbin!“

eine etwas bestimmtere und klarere Stellungnahme erwartet; was er uns geboten hat, geht über Allgemeinheiten nicht hinaus, die uns über die Gegenwart und nächste Zukunft im Dunklen lassen. Auf dem vom Finanzminister angegebenen Wege werden wir noch nach Jahren auf eine Beseitigung des Deficits vergeblich warten. Die angeordnete Methode führt gewiß nicht zum Ziele; die vorliegenden Berichte haben keine Existenzberechtigung.

Abg. Dr. Granitsch steht auch auf dem Standpunkte des Vorredners, daß man die unteren Schichten nicht belasten dürfe, wenn man die reichen Schichten nicht auch zu den Mehrlasten heranziehe. Doch könne mit Rücksicht auf die bisherigen Erfahrungen die Sache nicht so angefaßt werden, daß man die Vorlagen nicht früher in Erörterung ziehe, als bis die Vorlagen zur Belastung der höheren Schichten vorhanden sind. Es soll also in die Erörterung jener Vorlagen eingegangen werden, welche man überhaupt für discussionfähig halte, ohne daß man sich für die Beschlussfassung irgendwie präjudiciere. Diese Vorlagen sind die Transport- und Petroleumsteuer sowie die Gebührennovelle, welche allerdings in der Fassung der Regierung unannehmbar sind. Man dürfe aber den Versuch nicht unterlassen, wenigstens einige Einnahmen für den Staat zu erzielen, denn man darf nicht vergessen, daß diese Einnahmen dem Staate Zinsen ersparen, deren Kosten wir im nächsten Jahre durch neue Steuern aufbringen müßten, was gewiß im Interesse der Bevölkerung nicht gelegen ist. Redner beantragt daher, es sei in die Discussion der Transport-, Petroleum- und Gebührensteuervorlagen einzugehen; für die beiden ersteren seien Referenten, für die Gebühren-Novelle ein Comité zu bestellen; dagegen sei über die Ergänzungssteuer zur Tagesordnung überzugehen. Zugleich wolle der Ausschuss im Hause beantragen, das Haus spreche die Erwartung aus, daß die Regierung ein Gesetz wegen Schaffung der progressiven Personal-Einkommensteuer so bald als möglich vorlege und ein weiteres Gesetz einbringe, durch welches das Zucker- und Branntweinsteuergesetz im Sinne eines höheren Erträgnisses modificiert wird.

Abg. Neumayer spricht dafür, daß man in die Berathung der Ergänzungssteuer eingehe.

Finanzminister Baron Kriegssau ergreift nochmals das Wort, um für das Eingehen in die Berathung sämtlicher Steuervorlagen zu plaidieren. Hierauf wurde wegen vorgerückter Abendstunde die Debatte abgebrochen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß im Herrenhause eine Mittelpartei in Bildung begriffen ist; die Verhandlungen sind jedoch noch keineswegs abgeschlossen und finden vorläufig nur lebhaften Bourparlers statt. Die neue Partei soll „verfassungstreue mit conservativer Tendenz“ sein.

Zur Ergänzung des Ministeriums.

Von den deutschen Blättern beurtheilt die „Leipziger Zeitung“ die Ergänzung des österreichischen Ministeriums in folgender Weise: „Großes ist denn doch dem Grafen Taaffe gelungen. Die Czeken hat er in den Reichsrath gebracht, und mit dem Vollparlamente hat er die Wehrvorlage, das böhmische Verwaltungsgesetz, die Grundsteuer-Novelle vereinbart. Die wichtigsten der Aufgaben, welche die Regierung der laufenden Session vorgezeichnet hatte, sind in ihrem Sinne erledigt worden. In politischen wie in wirtschaftlichen Fragen hat sie ihren Willen durchzusetzen vermocht. Nicht nur einfache, sondern Zweidrittel-

majoritäten hat sie gefunden, so oft sie ihrer bedurfte. Die Verfassung aber hat Graf Taaffe nicht antasten lassen. Da ihm nun zuguterletzt auch noch gegläckt ist, sein Cabinet zu vervollständigen, ohne daß dasselbe aufgehört, die Verkörperung seines Coalitionsgedankens zu sein, so dürfte die Lebensfähigkeit des letzteren, aller zwingenden Gewalt liberaler Logik, mit welcher der Widersinn desselben haarscharf bewiesen wird, zum Trost, durch die noch etwas zwingendere Gewalt der Thatfachen bewährt sein. Man darf übrigens nicht vergessen, daß es der ursprüngliche Gedanke des Grafen Taaffe war, das Coalitions-cabinet auf eine große Mittelpartei, die er bilden zu können hoffte, zu basieren. Auch für die Verwirklichung dieses Gedankens scheinen die Chancen im Momente keineswegs ungünstig zu liegen. Schwerlich in der jetzigen Session, vielleicht aber in der nächsten, wenn die Regierung inzwischen Selbstvertrauen und zielbewusste Entschlossenheit bethätigt, dürfte eine solche Partei, welche recht eigentlich als eine Staatsnothwendigkeit für Oesterreich betrachtet werden darf, sich zusammenfinden. Nicht das geringste Verdienst des Grafen Taaffe würde es in unseren Augen sein, den Beweis, daß im constitutionellen Staate eine andere Regierungsweise, als parlamentarische Parteiregierung, dauernd möglich ist, auch in Oesterreich geliefert zu haben.“

Die „Breslauer Zeitung“ äußert sich über denselben Gegenstand: „Graf Taaffe ist doch viel zu sehr mit dem Reichsgedanken ver wachsen, als daß er aus freien Stücken zu einer föderalistischen Gestaltung des Reiches jemals die Hand bieten könnte. Graf Taaffe wird nach Möglichkeit conservativ sein, niemals aber wird er — es sei denn, daß die Verfassungspartei ihm gar keine andere Wahl ließe — föderalistischen Bestrebungen den Weg zur Herrschaft bahnen. Wohl zu unterscheiden ist dabei zwischen solchen Bestrebungen, welche die einzelnen Nationalitäten behufs Sicherung ihrer nationalen Existenz und Fortentwicklung erheben, und zwischen jenen anderen, welche für die einzelnen Nationalitäten besondere staatsrechtliche Existenzen verlangen und das Reich aus einer Anzahl autonomer Kronländer und Kronlandsgruppen sich aufbauen lassen wollen. In anderer Beziehung wird eine jede Regierung in Oesterreich mit den vorhandenen Thatfachen rechnen müssen und hat damit auch gerechnet. Die „Verfassungstreue“ ist hier mit einem sehr entschiedenen Ausmaß der Zugeständnisse an die Nationalitäten verträglich. Worauf dabei zu sehen ist, das ist die Gerechtigkeit in der Behandlung der einzelnen Nationalitäten, welche zugleich am besten die Ausöhnung derselben mit dem Reichsgedanken fördern wird. Ob das soeben vervollständigte Ministerium Taaffe den Ausgleich zwischen dem Reichsgedanken und den nationalen Forderungen erreichen wird, steht dahin. Zunächst sind die langgehegten Besorgnisse, daß die Schule in Oesterreich wieder dem Clerus ausgeantwortet worden möchte, durch die Ernennung des Statthalters von Niederösterreich, Conrad von Eybesfeld, zum Minister für Cultus und Unterricht entfernt worden. Der neue Minister ist ein verfassungstreuer, gemäßigt liberaler Beamter und von seinem Vorgänger, Herrn von Stremayr, in seiner Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche wohl nicht sonderlich abweichend.“

Die „Schlesische Zeitung“ bemerkt in ihrer Umschau im Auslande: „Graf Taaffe, welcher selbst früher dem verfassungstreuen Bürgerministerium angehört und in diesem die versöhnliche Richtung vertreten, hat als sein Programm die Versöhnung der innerhalb Oesterreichs einander schroff gegenüberstehen-

den politischen Gegensätze proclamiert. Diesem Programm entsprach denn auch die bisherige Zusammenlegung des Cabinetes. Von den neuernannten beiden Ministern zählt man den Baron Conrad der Verfassungspartei, den Baron Kriegssau der Rechten zu. Die Ernennung dieser Männer hat nun zwar keine Partei befriedigt. Gerade das aber zeigt, daß die Wahl des Grafen Taaffe eine glückliche gewesen ist. Weder Baron Conrad noch Baron Kriegssau haben bisher auf der politischen Arena eine hervorragende Rolle gespielt. Man will nur aus dem bisherigen Wirken des Baron Conrad darauf schließen, daß er sich zur liberalen Verfassungspartei zähle, ebenso wie man aus gewissen verwandtschaftlichen Beziehungen des Baron Kriegssau die Vermuthung schöpft, dieser sympathisiere mit den Clericalen. Keiner von beiden ist ein prononciertem Parteimann; beide erscheinen also sehr geeignet, an der Versöhnung der Parteien mitzuwirken. Am indigniertesten gebehren sich, nachdem diese Entscheidung getroffen, wie gewöhnlich die fortgeschrittenen Elemente der Verfassungspartei. Sie kündigen dem vervollständigten Cabinet Taaffe ohne weiteres den Krieg an. Man will schon die Beweise dafür haben, daß Graf Taaffe nunmehr ungekehrt in das Fahrwasser der Reaction einlenken werde. Das Material zu diesen Beweisen liefert in erster Linie eine Erklärung, mit welcher Graf Taaffe im Abgeordnetenhaus, kurz nach der Einführung der neuen Minister, eine Interpellation, betreffend die Eingabe der böhmischen Bischöfe, beantwortet hat. Der fortgeschrittene Liberalismus liebt nun aus dieser Erklärung des Ministers das Versprechen heraus, Schule und Staat dem Clericalismus auszuliefern zu wollen. Auch hat thatsächlich Fürst Liechtenstein, der Führer der Clericalen, die auf Abänderung der Schulgesetze abzielenden Anträge, welche bestimmt waren, dem bischöflichen Memorandum zu secundieren, angeblich, weil diese Anträge infolge der ministeriellen Erklärung gegenstandslos geworden seien. In Wirklichkeit war es den Clericalen aber nur darum zu thun, ihren Rückzug geschickt zu bewerkstelligen. Gegen wen der energische Ton der ministeriellen Erklärung sich richtet, ist den Clericalen sicher nicht zweifelhaft; hat doch die Regierung sonst auch jede Gelegenheit wahrgenommen, den Clericalen zu zeigen, daß sie sich zu weit vorgewagt hätten. Auch Baron Conrad, der neue Cultusminister, hat alsbald erklärt, er werde auf der Bahn, welche sein Vorgänger Stremayr verfolgt, beharren. Wie man aber an maßgebender Stelle über die von den Clericalen angefochtene Schulgesetzgebung denkt, geht aus der ungewöhnlichen Wärme hervor, mit welcher der Monarch in seinem Handschreiben an den von der Leitung des Cultusministeriums entbundenen Minister Stremayr, den Schöpfer jener Gesetze, diesem seine volle kaiserliche Anerkennung über die bewährte patriotische Hingebung des Ministers ausgesprochen hat.“

Die Auslieferungsfrage in Frankreich.

Die von der russischen Regierung in Aussicht gestellten Documente, welche angeblich die Schuld des verhafteten Russen Hartmann beweisen, sollen nach dem „Temps“ bereits in Paris angekommen und von der russischen Botschaft dem Justizminister zugestellt worden sein. Es ist selbstverständlich, daß Fürst Orlov große Anstrengungen macht, um die Auslieferung Hartmanns durchzusetzen; ja er soll, wenn man der „Patrie“ glauben darf, sogar erklärt haben, er werde seine Entlassung geben, wenn man ihm die Auslieferung Hartmanns verweigere. Im Gegensatz zu dieser Auffassung erklären sich die liberalen Journale Frankreichs bei aller Zurückhaltung, die sie beobachten, um die Situation der Regierung nicht zu compromittieren, mit immer größerer Entschiedenheit für die Ablehnung der russischen Forderung.

Den Gang des von den französischen Behörden in diesem Falle einzuschlagenden Verfahrens schildert eine Pariser Zeitschrift der „Allg. Ztg.“ wie folgt: Ueber die Voruntersuchung, die auf Grund sowohl der Pariser Erhebungen als auch der Beweisstücke und der Bezeugen geschieht, welche von der russischen Regierung erwartet werden, wird der betreffende Untersuchungsrichter einen motivierten Bericht erstatten und dann entweder den Mangel an genügenden Anzeichen und Beweisen constatieren, oder beantragen, den Verhafteten in Anklagestand zu versetzen. Ueber diesen Bericht hat ein Richtercollegium zu entscheiden, das man la chambre de mise en accusation nennt und vor welchem ausnahmsweise auch der Bertheiliger des Inquisiten plaidieren wird. Die Entscheidung dieses Collegiums gelangt an den Justizminister, welcher seinen Antrag im Ministerrathe stellt. Erklären der Untersuchungsrichter und jenes Collegium die Anzeichen und die Beweise als ungenügend, so werden auch der russische Hof und die öffentliche Meinung Europas sich mit dem gewöhnlichen Sicherheitsmaßregeln begnügen, mit welcher die Regierung der Republik den Inquisiten aus Frankreich und wohl auch Europa hinaus schaffen wird. Entscheidet das Richtercollegium die Identität des Inquisiten sei erwiesen und der beglaubigte Thatbestand gebiete, ihn als höchst verdächtig wegen eines mörderischen Attentates auf einen Eisen-

Bei diesen Worten sank die alte Mrs. Reynold in ihren Stuhl zurück. Ihre Augen schlossen sich und eine tiefe Blässe überzog ihr Antlitz, so daß die Anwesenden heftig erschrakten. Man schaffte frisches Wasser herbei, und allmählich lehrte unter den vereinten Bemühungen das Bewußtsein der alten Frau zurück. Sie blickte verwirrt um sich.

„Seine rechtmäßige Frau!“ rief sie dann, des Vorgefallenen sich plötzlich erinnernd, aus. „O, wiederholen Sie diese Worte, Mylord! Seine rechtmäßige Frau!“

„Ja, Mrs. Reynold, sie war die angetraute Gattin meines einzigen Sohnes, des Lords Oscar Rocester, und ist nun, wenn sie noch lebt und nicht wieder geheiratet hat, seine Witwe.“

„Die Schande ist von uns genommen!“ murmelte die Greisin mit strahlendem Gesicht. „Wir dürfen deinen Namen wieder nennen, meine Emmy!“

Mit unaussprechlichem Entzücken hauchte sie diesen Namen hervor.

Robert verbarg sein Gesicht in den Händen, während seine Frau ihr Erstaunen nicht zu unterdrücken vermochte.

„Wäre Emmy noch am Leben,“ rief sie aus, „so würde Lady Rocester doch wohl nie wieder mit ihrer Mutter sprechen, die sie verstieß und ihr fluchte, als sie im Unglück war.“

„Es ist wahr,“ erwiderte demüthig die alte Frau mit zitternden Lippen, „ich fluchte ihr, obschon ich sie mehr liebte, wie mein Leben! Ich habe ja nie auf-

gehört, sie zu lieben. Jahrelang habe ich mich nach ihr gesehnt und im Stillen um sie geweint, aber, Mylord, mein Stolz war stärker als meine Liebe! Lebt mein Kind noch, so werde ich auf den Knien ihre Verzeihung erflehen und dann, wenn sie mir verzeihen, gern sterben!“

„Arme Emmy,“ stöhnte Robert mit gebrochener Stimme. „Wenn sie nur noch lebte, damit wir sie um Gnade bitten können, weil wir auf Verzeihung nicht hoffen dürfen.“

„Wenn sie lebt!“ rief die alte Mrs. Reynold plötzlich aus. „Sie lebt! Ich weiß, ich fühle es! Ich will noch heute nach London und mein Kind aufsuchen! Ich will, ich muß sie finden!“

„Wo aber ist das Kind? Wo befindet sich Valerie?“ fragte der Graf.

„Ich veranlaßte sie, dieses Haus zu verlassen,“ antwortete Robert tonlos. „Möge mir Gott Vergebung schenken für das große Unrecht, das ich an ihr und ihrer armen Mutter begangen habe! Als sie von uns verstoßen wurde, flüchtete sie zu Mr. Peason, ihrem Pflegevater, und dieser verschaffte ihr eine Stelle im schottischen Hochlande. Sie war die Gesellschafterin einer alten Dame, Miß Winham —“

„Miß Winham?“ wiederholte der Graf mit bebender Stimme.

„Ja, sie nahm den Namen Miß Bloom an, da ich ihr untersagt hatte, den Namen Reynold länger zu tragen. Sie nannte sich Valerie Bloom —“

(Fortsetzung folgt.)

bahnzug in Anklagestand zu versetzen, werden der Justizminister, der Ministerrath, der Präsident der Republik, das Parlament und die öffentliche Meinung geneigt sein, den Verhafteten der russischen Gerichtsbarkeit vorzuenthalten, obschon die Auslieferung das schwerste dem französischen Nationalgefühl zuzumuthende Opfer wäre."

Das „Journal de St. Pétersbourg“, indem es von der Verhaftung des russischen Flüchtlings Hartmann in Paris gleichfalls Notiz nimmt, fühlt sich zu den nachstehenden Bemerkungen veranlaßt: „Der Telegraph erklärt zugleich die Nachricht, daß einige Abgeordnete Schritte für die Freilassung dieses Individuums gethan, für vollständig unrichtig. Wir sind in dieser Beziehung nach gewissen Vorgängen so wenig verwöhnt, daß wir uns gar nicht verwundert hätten, wenn irgend ein Ultraradicaler den Satz aufgestellt hätte, daß der Fürstenmord zu den politischen Verbrechen zähle. Wir hatten gegen diesen Satz vor nicht langer Zeit anzukämpfen. Wenn gegenwärtig ein allgemeines Gefühl der Scham und des Abscheues sogar radicale Theoretiker dazu bringt, daß sie nichts mit Mördern und Verschwörern, den Urhebern der schrecklichsten Missethaten, welche die Geschichte kennt, gemein haben wollen, so kann man wohl sagen, daß Rußland diesen Sieg des Völkerrechtes und der Völkersolidarität über die revolutionäre Gesinnung errungen hat, allerdings um einen hohen Preis. Es möge keine Zufluchtsstätte für Fürstenmörder mehr geben, dieselben mögen ihrer Straflosigkeit nicht mehr sicher sein, sobald sie die Grenze erreicht haben, dann wird Entmuthigung in ihren Reihen einreißen. Was die Völker betrifft, unter welcher Regierungsform dieselben leben mögen, so ist es unmöglich abzuweichen, was sie dabei zu gewinnen haben, wenn sie solche Individuen bei sich aufnehmen. Wir wissen es wohl, es gibt in Europa eine Schule, die sich zum Fürstenmorde bekennt, und diese allein kann Straflosigkeit für die Urheber der Attentate verlangen. Aber kein Politiker, welcher Partei er angehören möge, kann für diese Straflosigkeit eintreten, wenn er nicht zu dieser Schule gerechnet werden will.“

Das Attentat auf die kaiserliche Familie in Rußland.

Der „Königlichen Ztg.“ wird aus Petersburg geschrieben: „Als die Höllemaschine im Winterpalais aufgeflogen war, wollte man dem Zaren durchaus den wahren Sachverhalt verheimlichen; der Kaiser, der, wie gesagt, eben im Begriffe stand, mit dem Fürsten von Bulgarien zum Diner zu gehen, erschrak heftig, als die Mauern des Schlosses zu wanken anfingen und das schauerhafte Getöse vom Schauplatze der Katastrophe her zu ihm heraufdrang. Alles rannte bestürzt durcheinander, ein jeder suchte instinctmäßig den Kaiser, dem man einzureden suchte, es habe bloß eine starke Gasexplosion ohne irgend welche schlimmen Folgen stattgefunden. Die Explosion sollte durch Unvorsichtigkeit entstanden sein. Alexander II. aber rief hastig aus: „Nein, nein! Ich weiß, was es war! O Gott, o Gott!“ Der Zar begab sich dann nach einiger Zeit, von vielen Officieren und Dienern begleitet, zu den Verwundeten, denen er seine Theilnahme aussprach und versicherte, daß er für sie sorgen würde. Die Hinterbliebenen der Getödteten, — die Zahl der letzteren soll heute schon vierzehn betragen — werden aus kaiserlichen Mitteln unterstützt werden. Auch der „Golos“ hat zum Besten der Familien der Verunglückten eine Sammlung veranstaltet. Die Kaiserin weiß heutigen Tages noch nicht, was sich am 17ten abends eigentlich ereignet hat; man hat ihr von einer Gasexplosion erzählt, vielleicht ahnt sie die Wahrheit. Nach dem heutigen Gesundheitsbulletin geht es der Kaiserin nicht mehr so befriedigend; das Fieber hat etwas zugenommen und auch das Herzklopfen ist stärker geworden. In der Stadt, auf den Straßen, in den Comptoirs, an den Bierischen spricht man übrigens von fast nichts anderem, als von dem Attentat und der angeblich bevorstehenden Abdankung des Kaisers. Man will da ganz genau wissen, daß nach der 25jährigen Jubelfeier seiner Regierung Alexander II. geounen ist, die Bügel derselben dem Thronfolger zu überlassen. Der Zar soll es gründlich satt haben, für all seine Mühe und Liebe zum Volke von den entarteten Kindern der Nation mit Dynamit und Revolverkugeln belohnt zu werden. Trotz der inständigen Bitten des Thronfolgers und der Minister soll Alexander II. fest entschlossen sein, abzudanken. Ob es wahr ist, wird die Zeit lehren. Eine Neuigkeit kann ich Ihnen heute noch mittheilen, die nicht verfehlen wird, auch im Auslande Aufsehen zu erregen. Wenn nämlich die dritte Abtheilung recht unterrichtet ist, dann befindet sich die Wjera Saffulitsch wieder im Lande, und zwar bis vorgestern noch in Petersburg. Sie hat die Schweiz unter einem falschen Namen unlängst verlassen und ist in ihre Heimat zurückgekehrt. Vermuthlich steht sie, nach den angelegten Proben ihrer Tüchtigkeit als Mitglied des nihilistischen Nordvereins, zu den Parteihauptern in engen Beziehungen. Ihre Festnehmung wäre also von großer Wichtigkeit. Sie mag auch schon vorher um den jüngsten Anschlag auf den Zaren gewußt,

sich den Ausgang desselben aber anders gedacht haben, denn sonst wäre sie wohl nicht so leichtsinnig gewesen und wieder in die Höhle des Löwen zurückgekommen. Die ganze Polizei ist auf den Beinen und auf der Suche nach Wjera Saffulitsch. Wenn sie die Gesuchte gefangen haben, und das ist kaum zweifelhaft nach Signalement und Paß (sie soll auf einen englischen Namen reisen), dann werden wir ja erfahren, ob es die rechte ist.“

Tagesneuigkeiten.

— (Oesterreichische Unterrichtsminister.) Seit dem Jahre 1848 hat Oesterreich eine ganz stattliche Reihe von Ministern des Unterrichts aufzuweisen. Sie folgen einander in nachstehender Ordnung: Baron v. Sommaruga vom 27. März 1848 bis 15ten Juli 1848; Baron v. Doblhoff vom 15. Juli 1848 bis 21. November 1848; Graf Stadion vom 21. November 1848 bis 28. Juli 1849; Leo Graf Thun vom 28ten Juli 1849 bis 1860, das ist bis zur Auflösung des Unterrichtsministeriums. Mit 20. Oktober 1860 übernahm Baron v. Helfert die provisorische Leitung, vom 4. Februar 1861 bis 2. März 1867 waren die Geschäfte des Unterrichtsministers dem Staatsminister zugewiesen; am 2. März 1867 wurde das Unterrichtsministerium reactivirt; v. Hye leitete dasselbe vom 28. Juni 1867 bis 30. Dezember 1867; ihm folgte Leopold v. Hafner, dann am 1. Februar 1870 v. Stremayr, am 12. April 1870 v. Tschabuschnigg, am 30. Juni 1870 zum zweitenmal Stremayr, am 8. Februar 1871 Jireček, vom 30. Oktober 1871 bis 25. November 1871 war Sectionschef Fidler provisorischer Leiter, am 25. November 1871 folgte Stremayr zum drittenmal und diesem endlich am 17. Februar 1880 Baron v. Conrad-Cybesfeld.

— (Die Anleihe für Szegedin und die Theißregulierung) im Betrage von 40 Millionen Gulden effectiv ist mit der Creditanstaltgruppe so gut wie abgeschlossen. Die Anleihe hat die Form von verzinslichen Pfandbriefen, welche nach dem Muster deutscher und russischer Pfandbriefe mit Prämien ausgestattet werden. Die Nominalverzinsung ist niedrig gehalten. Der Kurs soll für die ungarische Regierung sehr günstig sein.

— (Zum Regierungsjubiläum des russischen Kaisers.) Nächsten Dienstag, den 2. März, feiert bekanntlich der russische Kaiser sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Kaiser Alexander ist seit Karik (862—879) der Zwölfte, dem es gegönnt war, ein Vierteljahrhundert oder noch länger auf dem Throne zu sitzen. Seine Vorgänger hierin waren: Wladimir I. (977—1015), Jaroslaw (1019—1054), Wladimir II. (1113—1142), Wasijewitsch Iwanowitsch (1505 bis 1533), Iwan Wassilij II. (1533—1584), Michael Feodorowitsch Romanow (1612—1645), Alexei Michailowitsch (1645—1676), Peter I., auch der Große genannt (1689—1725), Katharina II. (1762—1796), Alexander I. (1801—1825), Nikolaus I. (1825—1855) und Alexander Newski, der jetzt regierende Zar.

— (Größte Bibliothek der Welt.) Die französische Nationalbibliothek in Paris, wohl die reichste Büchersammlung der Welt, deren Inventarium nunmehr fertiggestellt ist, fällt mit ihren 2.200.000 Bänden 50 Kilometer Stellbretter. Die eisernen Stellbretter sind durchbrochen und ziehen sich durch fünf, nur mit Oberlicht versehene Stodwerke hindurch. Lampen oder andere künstliche Beleuchtung wird nie gebraucht, und jedes Feuerzeug ist hier streng verpönt. Zum Erwärmen der Bibliothek dient Luftheizung. Die Abtheilung der Handschriften enthält über 100.000 Bände, von denen 20.000 in einem besonderen Saale befindliche den Lesern zugänglich sind. Eine Anzahl von Mappen enthält etwa 2.500.000 Stiche, Steindrucke, Radierungen u. s. w. Die Zahl der Leser bezifferte sich im Jahre 1878 auf fast 59.000.

— (Der eigentliche Schalttag.) Im Kalender wird der 24. Februar als „Schalttag“ bezeichnet; gleichwohl ist diese Bezeichnung irrtümlich. Es ist das Verdienst Th. Mommsens, festgestellt zu haben, daß der Schalttag des Julianischen Kalenders nicht, wie man meistens annimmt, der 24., sondern vielmehr der 25te Februar ist. Der gelehrte römische Alterthumsforscher stützt sich auf eine in Afrika gefundene Inschrift, welche ausdrücklich den dem 26. Februar vorausgehenden Tag, also den 25. Februar, als den eingeschalteten Tag bezeichnet. Diese Ansicht hatte Widerspruch hervorgerufen, ist aber von Mommsen siegreich widerlegt worden. Derselbe sagt: „Nach allen diesen Erwägungen kann ich nicht umhin, die Frage, ob die Römer der Kaiserzeit den 24. oder 25. Februar des Schaltjahres als bisextum oder Schalttag betrachteten, nach wie vor authentisch und unwiderleglich für den 25. Februar entschieden zu halten.“ In der römischen Kaiserzeit wurde hiernach der 25te Februar als der Schalttag angesehen; erst die späteren Grammatiker haben, wahrscheinlich irregeleitet durch eine falsch aufgefaßte Angabe Barros, vielmehr den 24ten Februar als den Schalttag ihrer Zeit angesehen wissen wollen. Die Kalenderverbesserung Gregors XIII. vom Jahre 1582 hatte diesen Fehler nicht berücksichtigt. Es wurde damals nur angenommen, daß das Frühlings-Aequinoctium stets auf den 21. März fällt und Ostern stets an demjenigen Sonntag gefeiert werden soll, der

dem darauf folgenden Vollmonde zuerst folgen würde; ferner, daß nach dem 4. Oktober des Jahres 1582 10 Tage ausgelassen und die Tage vom 4. folgende mit dem 15. Oktober fortgerechnet werden sollten; endlich, daß jedes letzte Jahr eines Jahrhunderts, welches dem Julianischen Kalender nach ein Schaltjahr sein müßte, als ein gemeines Jahr von 365 Tagen angenommen werden sollte. Alle diese Verbesserungen waren zwar des Schalttages wegen nothwendig geworden, weil die Einschaltung von 24 Stunden eine etwas zu große gewesen war. Sie hatten aber mit der Frage, welcher Tag im Februar der eingeschaltete sein solle, nichts zu thun. So hat sich der Irrthum einiger subtiler Grammatiker bis in unsere Zeit fortgepflanzt, und der Mißbrauch ist durch den Gebrauch gewissermaßen geheiligt worden.

Locales.

— (Krainische Landwirtschaftsgesellschaft.) Das forben im Druck erschienene neueste Heft der „Mittheilungen der Krainischen Landwirtschaftsgesellschaft pro 1879“ enthält außer dem Rechenschaftsberichte und den Sitzungsprotokollen über die beiden Generalversammlungen des abgelaufenen Jahres auch eine sehr beachtenswerte, vom verstorbenen Herrn Peter Kosler verfaßte und vom Herrn Landesingenieur Franz Witschel redigirte „Anleitung zur Errichtung guter Wasserbehälter und Cisternen und Belehrung über das Sammeln, Erhalten und Reinigen des Trinkwassers.“ Zur Erläuterung derselben dienen 19 beigelegte Zeichnungen und Pläne. Da diese Anleitung, auf welche wir hiemit besonders aufmerksam machen, eine für die krainischen wasserarmen Gegenden Inner- und Unterkrain sehr wichtige Frage berührt, so hat die Gesellschaft hievon Separatabdrücke in beiden Landesprachen anfertigen lassen, welche im Bureau der Gesellschaft sowie im Wege der Filialen gegen ein billiges Entgelt bezogen werden können.

— (Philharmonische Gesellschaft.) Dem von der Direction der philharmonischen Gesellschaft dieser Tage veröffentlichten Berichte über das letztabgelaufene Vereinsjahr entnehmen wir, daß die Gesellschaft mit 1. Jänner 1880 40 Ehrenmitglieder, 70 ausübende und 301 beitragende, im ganzen somit 411 Mitglieder zählt. Das gesammte Vereinsvermögen belief sich mit 1. Oktober 1879 auf 30.329 fl. 76 kr.

— (Prüfungen.) Heute beginnen an der hiesigen geburtsärztlichen Lehranstalt die Schlussprüfungen für den Winterlehrcurs in slovenischer Sprache; derselbe war heuer von 12 Schülerinnen besucht. Mit 1. März beginnt der zweite Lehrcurs mit deutscher Unterrichtssprache.

— (Die Laibacher freiw. Feuerwehr.) beschloß in einer gestern abends abgehaltenen Dienstesversammlung, am Ostermontag die diesjährige Generalversammlung abzuhalten, in welcher unter anderem auch die Neuwahl des gesammten Ausschusses stattfinden hat. Einen weiteren Gegenstand lebhafter Besprechung bildete die Frage, ob anlässlich des jetzt zehnjährigen Bestandes der freiw. Feuerwehr eine größere Feierlichkeit zu veranstalten wäre, wenn möglich unter Theilnahme auswärtiger Feuerwehren. Die Idee fand allseitige freundliche Zustimmung, und wurde der Ausschuss ersucht, unter Buziehung geeigneter Mitglieder die vorleitenden Schritte zu unternehmen und ein Programm zu entwerfen, um in der Generalversammlung über die ganze Angelegenheit Beschlüsse fassen zu können.

— (Im Zimmer erstickt.) Die am Lande noch vielfach herrschende Unsitte, offene Kohlenlunte selbst in geschlossenen Räumen als Erwärmungsmittel zu benutzen, hat vor kurzem in Unterkrain abermals ein Menschenleben gekostet. In der Ortschaft Sleindorf bei Röttling wurde nämlich die 70jährige Auszüglerin Anna Branicar am Morgen des 13. d. M. in dem von ihr allein zum Schlafen benützten Zimmer von den Hausbewohnern als Leiche am Boden liegend aufgefunden. Die Verunglückte hatte am vorangehenden Abende in der Absicht, ihr Zimmer zu erwärmen, einen großen offenen Topf mit glühender Kohle in dasselbe genommen und auf den Boden gestellt und so durch ihre eigene Unvorsichtigkeit und Beschränktheit den Erstickungstod gefunden.

— (Literarisches.) Im Verlage von Fr. Karafiat in Brünn erschien vor kurzem unter dem Titel „Die Geschichte der Stadt Wien und ihrer Vorstädte, von ihrem Ursprung bis auf die gegenwärtige Zeit“, ein hervorragendes Werk, das den Redacteur des „Mährisch-schlesischen Correspondenten“, Herrn Heinrich Penn — bekanntlich einen geborenen Laibacher, — zum Verfasser hat. Wir begegnen in dieser zeitgemäßen, drei Bände in Großquart umfassenden und mit mehr als 300 Illustrationen geschmückten Publication einem recht verdienstvollen Werke, für das nicht allein der Wiener, sondern auch jeder Oesterreicher überhaupt, welcher Noth und politischen Richtung er immer angehören möge, dem Autor gewiß recht dankbar sein wird, denn nach wie vor ist Wien die Hauptstadt unserer Monarchie, nach wie vor bilden die Völker Oesterreichs bei allen wichtigen Anlässen und weltbedeutenden Ereignissen auf die Reichshauptstadt als ihrem Vorbilde, ihrem Beistand, und die Haltung Wiens erscheint als maßgebend und bestimmend für die Haltung der zahlreichen einzel-

nen Länder, deren enge, brüderliche Vereinigung den österreicherischen Kaiserstaat bildet. Wir sehen Wien bei allen entscheidenden historischen Vorkommnissen und Actionen an der Spitze der Monarchie, und die Geschichte dieses Wien erscheint in den uns vorliegenden Bänden in jenem warmen, echt patriotischen Tone niedergeschrieben, welcher für dieses Werk jeden Oesterreicher mit Sympathie erfüllen und auch bei den Fremden ein lebhaftes Interesse für die Geschichte dieser merkwürdigen Stadt erwecken muß.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 26. Februar. Der Eisenbahn-Ausschuß beschloß eine Resolution, mit welcher die Regierung aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß seitens Ungarns die Hindernisse beseitigt werden, welche derzeit die gesammten österreichisch-ungarischen Verkehrsinteressen schädigen, daß besonders noch vor Ausführung des Arbergbahn-Gesetzes die Fortsetzung der Linie Agram-Sissek, der Eisenbahnanschluss an Serbien in der Richtung Kikinda und die Herstellung der Schiffbarkeit der Donau bei Gönyö legislatorisch sichergestellt werden.

Berlin, 26. Februar. Die an der Pariser Börse verbreiteten Gerüchte über neue Attentate in Petersburg und Brände in Rußland werden durch bis heute 5 Uhr abends eingelaufene Telegramme vollständig widerlegt. Auch die Meldung des „Börsencouriers“ von einem vorgestern stattgehabten Attentat auf den Fürsten von Bulgarien ist unbegründet.

Graz, 25. Februar. (Presse.) Der Gemeinderath petitioniert einstimmig um die ungeschmälerete Erhaltung des Schulgesetzes, namentlich des interconfeSSIONellen Charakters der Schule und der achtjährigen Schulpflicht. — Regengüsse überschwemmten das Raabthal.

Salzburg, 26. Februar. (N. fr. Pr.) Heute früh brach im dichtbevölkertsten Stadtviertel, in der Getreidegasse beim Kaufmann Schwarzenberger, ein Brand aus, der zwar infolge angestrebter Thätigkeit der Feuerwehr auf das Haus selbst beschränkt blieb, aber leider fünf Menschenleben zum Opfer forderte. Ein Postbeamter mit Frau und Kind fand im Wohnzimmer seinen Tod; ein Schuhmacher wurde auf der Stiege todt gefunden; endlich verbrannte eine Köchin. Die Aufregung über diese Katastrophe ist eine um so größere, als auch in zwei Nachbarorten in vorletzter und letzter Nacht mehrere Bauernhäuser abbrannten.

Budapest, 25. Februar. Sicherem Vernehmen zufolge wurde ein principieller Einvernehmen der ungarischen Regierung mit der Südbahngesellschaft wegen Abtretung ihrer Linie Agram-Karlstadt, wie auch wegen eines zehnjährigen Steuernachlasses für die Südbahn erzielt.

Paris, 26. Februar. Herr Ordeza wurde zum französischen Generalconsul in Triest statt Alou ernannt, welcher nach Turin übersezt wird. Aus guter Quelle vernimmt man, daß Graf Orloff gestern die Documente bezüglich der Gratiität und der Schuld Hartmanns überreicht habe; selbe werden dem Justizminister übergeben, und wird die Entscheidung binnen einigen Tagen erfolgen.

Paris, 26. Februar. Der „Soir“ verzeichnet das Gerücht, der Ministerrath habe beschlossen, Hartmann allsobald auszuliefern, wenn dessen Identität und Schuld erwiesen sein wird.

Petersburg, 26. Februar. Gegenüber den in der auswärtigen Presse bezüglich des Attentates verbreiteten falschen Nachrichten wird von gut unterrichteter Seite gemeldet: Thatsächlich bezog kein Mitglied der kaiserlichen Familie andere Zimmer, als die bisher inne gehaltenen. Nur in den Logements des Prinzen Alexander von Hessen wurde der zerstörte Fensterscheiben wegen einer Veränderung vorgenommen. Der Kaiser theilte erst am folgenden Morgen der Kaiserin das Ereignis mit. Im Palais erfolgten keine Verhaftungen. Es ist kein Officier verschwunden. Das zur Explosion benützte Dynamit wurde aller Wahrscheinlichkeit nach durch den vermeintlichen Tischler allmählich herbeigebracht, welcher seit September im Palais arbeitete und in dem man jetzt einen Technologen präsumiert. Nachdem er seine Gefährten entfernt hatte, traf er die letzten Anstalten, zündete die Distanzlunte an und entfernte sich, ohne daß er bis jetzt aufgefunden worden wäre. Die noch in Haft befindlichen zwei Tischler bleiben mehr oder weniger verdächtig. Massenhafte Arrestationen fanden überhaupt nicht statt. Ein Zusammenhang mit den Leitern, die sich in Paris und Genf befinden, schein e evident.

Belgrad, 26. Februar. (Presse.) Der Bevollmächtigte der serbischen Regierung für die Eisenbahnunterhandlungen in Wien, Herr Marić, begibt sich heute mit zwei serbischen Ingenieuren nach Wien.

New York, 25. Februar. Die in Utica zusammengetretene Convention des Staates New York sprach sich zu Gunsten der Präsidentschaftscandidatur Grants mit einer Majorität von 37 Stimmen aus.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 26. Februar. Papier-Rente 71.20. — Silber-Rente 71.95. — Gold-Rente 85.45. — 1860er Staats-Anlehen 129.50. — Bankactien 838. — Creditactien 304.30. — London 117.65. — Silber —. — K. t. Münz-Ducaten 5.54. — 20-Franken-Stücke 9.40. — 100-Reichsmark 57.85.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 25. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh, 22 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another unit. Items include Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Bifolen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schafschmaltz, Hühner, Lauben, Heu, Stroh, Holz, Wein.

Verstorbene.

Den 25. Februar. Anna Elsner, Tabakverschleiß-Berwalterstöchter, 3/4 J., Polanastraße Nr. 37, Laryngitis crouposa. Den 26. Februar. Ursula Bogolin, Dienstmagd, 63 J., Congressplatz Nr. 17, Lungen- und Rippenfellentzündung.

Börsebericht.

Wien, 26. Februar. (1 Uhr.) Die Prolongation war anlässlich des Ultimo-Bedürfnisses etwas schwieriger, und hatte dieser Umstand im allgemeinen eine Abwärtsbewegung der Effectencurse zur Folge. Insbesondere waren Lose flau, und zwar mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Begebung des Theil-Regulierungs-Anlehens.

Large table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and exchange rates. Includes sections for Grundentlastungs-Obligationen, Actien von Banken, Actien von Transport-Unternehmungen, Prioritäts-Obligationen, and Goldsorten.

Theater.

Heute (ungerader Tag): Zweite und letzte Gastvorstellung des Professors Herrn Uberto Crispini auf seinem selbst verfertigten Instrumente „Xylophon“. Den Anfang macht: Die Ordre ist: Schnarhen. Schwank in 1 Act nach dem Französischen von Förster. Zum Schluß: Vom Land und von der See. Lustspiel in 1 Act von A. Langer.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Sky, etc. Data for Feb 26, 27, 28.

Herrlicher Tag; Barometer im raschen Fallen. Das Tagesmittel der Wärme + 2.6°, um 1.7° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Anzeige die tiefbetäubende Nachricht von dem Hinscheiden unseres innigstgeliebten Töchterchens, resp. Schwester

Anna,

welche gestern um halb 8 Uhr abends im zarten Alter von 3 1/2 Jahren der Herr plötzlich zu sich rief. Die Beisetzung der Leiche der unvergesslichen Dahingegangenen findet Freitag am 27. Februar 1880, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe zu St. Christoph statt.

Laibach am 26. Februar 1880.

Ignaz Elsner,

t. t. Tabak-Verschleiß-Berwalter, sammt Familie.

Dankagung.

Für die überaus herzliche Theilnahme während der langen Krankheit der Frau

Josefine Frein v. Grimschitz,

t. t. Hofrathswitwe,

sowie für die zahlreiche und ehrende Begleitung zu deren letzter Ruhestätte sprechen allen dabei Betheiligten den wärmsten Dank aus

die trauernden Verwandten.

Laibach am 27. Februar 1880.

Dankagung.

Für die vielen Beweise innigen Beileids, die wir anlässlich des Hinscheidens unserer innigstgeliebten Mutter, beziehungsweise Schwiegermutter und Großmutter, Frau

Barbara Fröhlich,

Realitätenbesitzerin,

empfangen haben, insbesondere aber für die so überaus zahlreiche Theilnehmung am Leichenbegängnisse sprechen wir hiemit unseren tiefgefühltesten Dank aus.

Stein am 24. Februar 1880.

Die trauernden Hinterbliebenen.